



## **Wissenschaftsausschuss**

### **51. Sitzung (öffentlich)**

17. Juni 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkt:**

#### **Die Friedens- und Konfliktforschung stärken**

**3**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/7752

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



**Die Friedens- und Konfliktforschung stärken**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/7752

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Ich begrüße die Mitglieder des Ausschusses, etwaige Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, Zuhörerinnen und Zuhörer am Livestream, Vertreterinnen und Vertreter der Medien und ganz besonders die sachverständigen Gäste zu der heutigen Anhörung, der 21. Sitzung des Wissenschaftsausschusses. Ich heiße auch Frau Dr. Kerstin Eppert herzlich willkommen, die uns zugeschaltet ist.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit der Sitzungseinladung 17/1338 – Neudruck. Ich möchte Sie auch darauf aufmerksam machen, dass die heutige Sitzung auch im Livestream verfolgt werden kann. Damit können wir in die Tagesordnung eintreten. Die Sachverständigen sind im Tableau aufgeführt. Ich danke den Sachverständigen für ihren schriftlich vorab eingereichten Beitrag. Die schriftlichen Stellungnahmen bedeuten eine wesentliche Arbeitserleichterung für uns. Überdrucke der Stellungnahmen liegen im Eingangsbereich aus.

Ein kurzer Hinweis zum Ablauf: Die Sachverständigen mögen am Anfang kein Eingangsstatement geben, das haben Sie im Grunde genommen mit Ihrer schriftlichen Stellungnahme schon getan. Die Abgeordneten werden in Kenntnis der von Ihnen eingereichten Stellungnahmen direkte Fragen an Sie richten. Jede Fraktion kann in einer Fragerunde – die Anzahl der Fragerunden ist unterschiedlich, das muss man einmal sehen, wie viele Fragerunden wir haben – einem bis zu drei Sachverständigen in einer Fragerunde eine Frage stellen, die dann auch von den jeweiligen Sachverständigen sofort beantwortet wird. Das erleichtert die Kommunikation sehr.

Vorschlag für die erste Fragerunde: In der Regel ist es so, dass der Antragsteller die erste Frage stellt. Dann gehen wir in der Reihenfolge nach der Größe der Parteien, also nach der Anzahl der Abgeordneten, die jeweils die Partei stellt, um das mal korrekt auszudrücken. Und in der zweiten Fragerunde haben wir das bisher auch immer so gemacht. Andere Fragerunden behandelt man so, dass das grundsätzlich abhängig ist von der Anzahl der Abgeordneten. Da ist dann aber oft eine große Lücke, die dann entsteht, wenn die Antragstellerpartei nicht so viele Abgeordnete hat. Ich würde also deswegen vorschlagen, dass wir das bei der Reihenfolge belassen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen? – Nein, vielen Dank. Dann machen wir das so. – Herr Bolte-Richter, Sie beginnen jetzt mit der Frage.

**Matthi Bolte-Richter-Richter (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Aus Sicht der Grünen-Fraktion ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen, dass Sie heute bei uns sind bzw. zugeschaltet sind und uns im Vorfeld auch schon mit ihren Stellungnahmen bereichert haben. Ich würde in der ersten Runde gerne an Herrn Professor Schetter, an Herrn Dr. Vüllers und an Frau Dr. Eppert die Frage richten: Wo sehen Sie

das zentrale Profil und die Stärken der nordrhein-westfälischen Friedens- und Konfliktforschung? Was sind die Herausforderungen? Was ist aus Ihrer Sicht das „NRW-Ding“ in der Friedens- und Konfliktforschung?

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Herr Prof. Dr. Schetter, bitte schön.

**Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion):** Wir freuen uns sehr, dass wir heute eingeladen wurden. Wie aus den Unterlagen zu ersehen ist, ist die Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen sehr vielfältig aufgestellt, in sehr unterschiedlichen Zentren, die unterschiedliche Themen in den Blick nehmen. Dennoch, glaube ich, gibt es einen markanten Mehrwert, den die Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen darstellt.

Ich möchte jetzt zwei, drei Themen nennen. Auf der einen Seite spielen der Methodenpluralismus, die unterschiedlichen Zugänge in der Wissenschaft eine sehr große Rolle. Was sie vor allen Dingen aber ausmacht, ist, dass wir auf der anderen Seite eine Expertise in Nordrhein-Westfalen haben, die man kaum in einem anderen Bundesland findet, was gerade die Länder des Südens anbelangt. So haben wir mit dem DIE, mit dem INEF, aber auch mit dem bicc und vielen anderen eine besondere Expertise, gerade auch für Konfliktregionen, für Länder, die auch eine große Rolle für Nordrhein-Westfalen spielen, was die Wichtigkeit betrifft. Hier spielt vor allen Dingen eine Rolle, dass wir uns mit sehr vielen Themen beschäftigen, die transnational ausgerichtet sind, also Themen wie „Flucht, Diaspora, Radikalisierung“, die auch eine besondere Bedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen haben.

Es gibt verschiedene Stärkungen der Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört auf der einen Seite, dass sie enorm drittmittelstark ist, also sehr viel an Drittmitteln einwirbt, auf der anderen Seite, was die institutionellen Mittel anbelangt, doch eher rudimentär ausgerichtet ist.

Ein zentraler weiterer Punkt ist, dass die Friedens- und Konfliktforschung einen sehr großen Wert auf den Transfer in die Politik, in die Praxis und die Kommunen legt, das heißt, dass sie hier sehr stark auch versuchen, unser Wissen, unsere Wissenschaft, unsere Ergebnisse sehr stark auf die lokale Ebene zu transferieren. Das sind vielleicht ein paar Punkte, mit denen ich am Anfang einsteigen würde in einer gewissen Weise, um das Feld der Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen zu umreißen.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Herzlichen Dank. – Herr Dr. Vüllers, bitte.

**Dr. Johannes Vüllers (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, Duisburg):** Vielen Dank für die Einladung und für die Frage. Ich wiederhole nicht, was Herr Schetter gesagt hat, sondern möchte zusätzlich darauf hinweisen, dass wir auch in der Lehre an den Universitäten sehr gut aufgestellt sind. Zwar haben wir keinen spezifischen Friedens- und Konfliktforschungs-Masterstudiengang, aber wir haben zahlreiche Studiengänge, Masterstudiengänge, die sich mit Entwicklungszusammenarbeit und hier auch mit einem Schwerpunkt auf Friedens- und

Konfliktforschung beschäftigen. Dies ist auch ein Punkt, den insbesondere wir am INEF machen, aber auch das DIE macht, der Frage nach den Friedens- und den Entwicklungszusammenhängen nachzugehen, wo wir auch dank der sef und anderen Institutionen in der Politikberatung stark sind. Es ist auch wichtig für NRW, wenn wir darüber nachdenken, was Bonn für eine Bedeutung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hat, sodass wir dort als Friedens- und Konfliktforschungs-Community allgemein sehr viel dazu beitragen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Ich bedanke mich auch. – Frau Dr. Eppert.

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld):** ... (*akustisch unverständlich*). Ich habe nichts gehört, ich kann leider nur den Vorsitzenden empfangen. Ich habe keine Frage gehört und auch nicht die Beiträge meiner Kollegen. Insofern weiß ich nicht, welche Frage an mich gerichtet wurde.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Dann versuchen wir das gleich nochmal, Herr Bolte-Richter.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE):** Ja, wir können das nochmal versuchen. Hören Sie mich jetzt? – Das ist schlecht.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Herr Bolte-Richter, bitte kommen Sie an das Mikrofon.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE):** Vielen Dank, dass ich auf mal auf diesem Platz sitzen darf. Das war so nicht geplant. Aber so schnell kann es gehen.

(Heiterkeit)

Wir kennen das tatsächlich. Vielen Dank, Frau Dr. Eppert, für Ihr Verständnis. Wir arbeiten hier auch noch nicht so lange mit dieser Technik und kennen das auch aus anderen Gremien, dass das des Öfteren mal schiefgeht. Die Frage war: Was sind aus Ihrer Sicht die spezifischen Stärken und Herausforderungen für die Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen mit Blick auf unser Bundesland?

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld):** Jetzt wiederhole ich eventuell das, was die Kollegen schon gesagt haben. – Der Bericht des Wissenschaftsrats hat insbesondere darauf hingewiesen, dass Nordrhein-Westfalen über eine extrem gut und breit aufgestellte Friedens- und Konfliktforschung verfügt, die im Prinzip ausgebaut werden müsste, damit wir unsere Stärken noch etwas besser zusammenführen, mehr Synergien schaffen und uns auch an einer größeren bundes- und europaweiten Forschung beteiligen können. Ich denke, dass wir mit den Themenbereichen, die wir schon in Vernetzungstreffen herausgearbeitet haben, drei große Standbeine abgebildet haben.

Das ist einmal die innergesellschaftliche Friedens- und Konfliktforschung, die Friedens- und Gewaltforschung, die auch gerade in diesen Zeiten wieder sehr relevant ist, dann die entwicklungspolitische Friedensforschung, wo wir sehr starke universitäre und außeruniversitäre Institute haben, die auf bundes-, europa- und weltweiter Ebene eingebunden sind, und die – das muss man wirklich betonen – den Schwerpunkt Technik und Sicherheit haben. Gerade da werden Sie sich jetzt nochmal anschauen, was auf internationaler Bühne mit Aufrüstungsfragen, mit Waffenweiterentwicklung und mit der derzeitigen internationalen Lage vor sich geht. Da, denke ich, hat NRW extrem wichtige Kompetenzen, die wir ausbauen müssen. Das ist in dieser Breite und auch in der disziplinären Vielfältigkeit wie in keinem anderen Bundesland so aufgestellt. Das halte ich für eine große Stärke.

Ich denke, das andere, was man noch sagen kann, ist, dass wir die Grundlagenforschung und die Lehre mit der politischen Beratung und dem Wissenstransfer sehr gut verbinden. Auch das ist stark durch die außeruniversitären Institute mit abgebildet. Ich denke, dass wir uns da auch sehr gut ergänzen und dass NRW einen unglaublichen Wettbewerbsvorteil hat, den wir weiter nutzen müssen und nachhaltig unterstützen sollten. Das wäre unser Plädoyer dafür.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Eppert. – Als nächster Fragesteller wäre Herr Dr. Stefan Nacke dran.

**Dr. Stefan Nacke (CDU):** Vielen Dank. – Auch für die CDU-Fraktion möchte ich nochmal sagen, vielen Dank, dass Sie heute hier sind. Vielen Dank für Ihre Stellungnahmen, auch vielen Dank für die Initiative des Antrags, den wir sehr konstruktiv aufgreifen, weil das ein sehr wichtiges Thema ist.

Wir finden nämlich auch, dass die Stärkung der Vernetzung der Einrichtung der Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen begrüßenswert wäre. Seit unserer ersten Debatte im Plenum ist schon einige Zeit ins Land gegangen. Seitdem es überhaupt das Wissenschaftsratsgutachten gibt, hat es auch Entwicklungen auf der Bundesebene gegeben. Das ist vielleicht auch nochmal mit zu bedenken.

Für mich ist die zentrale Frage, anschließend an die Frage von Herrn Bolte-Richter das Leitthema und vor allen Dingen die Frage der Vernetzung. Es ist schon angesprochen worden, dass es eine Vernetzungsgruppe gibt: Wie gestaltet sich die Vernetzung Ihrer unterschiedlichen Institutionen? Wie ist der interne Prozess vorangeschritten? Diese Fragen würde ich gerne stellen an Frau Professorin Engels, Herrn Professor Schetter und Herrn Dr. Gravingholt.

**Vorsitzender Helmut Seifen.** Vielen Dank, Herr Dr. Nacke. – Frau Dr. Engels, bitte. Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Bettina Engels (Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung):** Vielen Dank auch von meiner Seite für die Einladung im Namen der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung und für die Frage. Wir als

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung sind ein bundesweiter Verband. Wir sind ein bundesweiter Zusammenschluss der Friedens- und Konfliktforscher in Deutschland an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sehr stark vertreten in Nordrhein-Westfalen an den Universitäten, den auch hier anwesenden außeruniversitären Einrichtungen und den Fachhochschulen. Unsere Geschäftsstelle ist ansässig an einer Fachhochschule hier in Nordrhein-Westfalen, der Hochschule Rhein-Waal. Auch das ist eine weitere Stärke in der institutionellen Landschaft hier im Land, starke Friedens- und Konfliktforschung auch an den nordrhein-westfälischen Fachhochschulen. Und wir als bundesweiter Verband sind ein Netzwerk. Unsere Hauptfunktion, die auch im Bericht der Wissenschaft, der Evaluierung genannt wird, ist die Netzwerkarbeit themenspezifisch in bestimmten thematischen Arbeitskreisen zu Methoden und auch im Bereich der Lehre und Didaktik.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Herr Professor Schetter.

**Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion, Bonn):** Vielen Dank für diese Frage. Ich kann auf jeden Fall sagen, dass wir alle sehr eng miteinander vernetzt sind, sehr eng miteinander arbeiten. Ich kann es Ihnen kurz an unserem Institut deutlich machen: In dem Friedensgutachten, das wir gestern auf der Bundespressekonferenz vorgestellt haben, arbeiten das INEF in Duisburg und das bicc seit Jahren sehr eng zusammen.

Zu dem Thema „Radikalisierung“ arbeiten das IKG der Universität Bielefeld und wir ebenfalls sehr stark zusammen. Zum Thema „Rüstung“ ist Professor Dr. Malte Götsche einer enger Kooperationspartner. Zum Thema „Flucht“ arbeiten das DIE und das bicc ebenfalls sehr eng in Projekten zusammen.

Häufig ist das projektbezogen, drittmittelbezogen. Das heißt, wir sind darauf angewiesen, dass wir die Ressourcen haben, um hier zusammen zu kooperieren. Zu nennen ist deswegen auch die Kooperation vom DIE und INEF mit der Einwerbung des Käte Hamburger Kollegs – einem der größten Projekte mit Bezug zur Friedensforschung, die es in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren gab. Der Austausch ist vorhanden. Ich glaube auch, dass wir uns alle sehr wertschätzen, genau wissen, was die Stärken der verschiedenen Institute sind.

Was fehlt, glaube ich, ist die Frage, die wir an das Land Nordrhein-Westfalen stellen: Welche Art von Friedens- und Konfliktforschung wollen Sie? In welcher Art wollen Sie jetzt zur Profilbildung beitragen? Hier ist sehr wichtig, dass man sehen muss, dass der Wissenschaftsrat sehr deutlich identifiziert hat, dass die Standorte Hamburg und auch Hessen das in einer eindeutigen Profilierung nach vorne bringen, Berlin auch gegenwärtig daran arbeitet und NRW, das wirklich eine exzellente Landschaft hat, sich überlegen muss, in welche Richtung eine Profilbildung stattfinden soll.

Frau Eppert hat schon die drei Themen genannt, in denen wir stark sind. Ich glaube, es geht darüber hinaus. Womit kann man in NRW wuchern? Ein Punkt, den wir hervorheben würden, wäre das Thema „Frieden und Entwicklung“, weil wir da insgesamt sehr starke Institute haben und auch mit der SEF ein Institut haben, das auch sehr stark in die Politik und in die Praxis hineinwirkt. Das ließe sich auch mit anderen

Themen, etwa mit der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft mit dem Thema „Globalisierung und Integration“ sehr gut verbinden. Das wäre eine Möglichkeit.

Aber es gibt auch andere Möglichkeiten. Das Thema „Radikalisierung“ ist vielleicht ein anderes Thema, das hier im Vordergrund steht, wo wir auch im deutschlandweiten Vergleich eine exzellente Forschung vorweisen können.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Professor Schetter. – Jetzt sollte sich Dr. Grävingholt melden.

**Dr. Jörn Grävingholt (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Frage, Herr Dr. Nacke. Wie gut die Zusammenarbeit in vielen Bereichen schon funktioniert, kann ich jetzt daran erkennen, dass mir wenig zu sagen übrigbleibt, nach dem, was Herr Prof. Schetter schon gerade ausgeführt hat. An vielen der Aktivitäten, über die er gerade gesprochen hat, sind wir als Deutsches Institut für Entwicklungspolitik ebenfalls beteiligt sind. Ich muss das nicht alles nochmal aufzählen.

Man könnte vielleicht noch hinzufügen: Für ein außeruniversitäres Institut wie das unsere kommt noch hinzu, dass sich Kolleginnen und Kollegen von uns auch an der Lehre an den Universitäten, in den einschlägigen Studiengängen etwa in Duisburg-Essen oder an der Universität Bonn beteiligen. Es sind viele Ebenen, auf denen ein Austausch stattfindet und wo wir ganz gut übereinander und auch miteinander im Bilde sind. Ich denke in der Tat: Der Knackpunkt, über den wir nachdenken müssen, ist, dass in der Forschung sehr vieles projektbezogen und damit immer nur auf kurze Frist gestellt ist. Wir müssen gucken, ob wir da nicht eine strukturellere Basis unter die Füße bekommen.

Im Bonner Raum ist die Allianz für Nachhaltigkeitsforschung, wobei das Thema „Frieden und Konflikte“ auch eine Dimension darstellt, so ein Versuch, der jetzt gerade beginnt, etwas Boden unter die Füße zu bekommen. Aber wenn wir das Nordrhein-Westfalen-weit insgesamt denken, dann ist hier sicherlich noch mehr zu tun, um das Fundament auch nachhaltiger zu gestalten. Die Potenziale sind auf jeden Fall da, und die Themen sind angesprochen worden, die auch über die ganz klassische Friedens- und Konfliktforschung hinausragen. Das Thema „Flucht“ ist angesprochen worden. Wir haben einige andere Themen, wo der Relevanzbezug relativ deutlich ist.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Dr. Grävingholt. – Dann hätte jetzt Herr Bell das Wort. Bitte schön.

**Dietmar Bell (SPD):** Ich möchte jetzt gern eine Frage an Frau Eppert stellen. Von mir ein herzliches Dankeschön, auch für die Stellungnahmen. Durch die Lektüre ist nochmal relativ klargeworden, welches ein wichtiges Tätigkeitsfeld auch in Nordrhein-Westfalen sehr intensiv bearbeitet wird. Deswegen auch einen Dank an meine Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen für den Antrag, weil das damit einfach auch nochmal stärker in die Sichtbarkeit reinfokussiert worden ist.



Ich würde auch nochmal stärker hinterfragen wollen – der Wissenschaftsrat hat die Frage der Kooperation, der Zusammenarbeit deutlich nach vorne gestellt, aber auch die internationale Sichtbarkeit nochmal adressiert. Ich würde gern wissen, was aus Ihrer Sicht Voraussetzungen sind, um das auch entsprechend zu ermöglichen.

In dem Zusammenhang hat Frau Eppert – das schloss so ein bisschen an die Aussage von Herrn Schetter an – vorgeschlagen, ein Institut zum institutionalisierten Dialog zur Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung unter Einbeziehung der Landesregierung auch entsprechend zu realisieren. Da ist genau meine Frage: Was sind aus Ihrer Sicht die Voraussetzungen, damit das gelingen kann? Und würden Sie einen solchen Vorschlag eines institutionalisierten Dialogs zur Zukunft der Friedens- und Konfliktforschung entsprechend befürworten? Die Frage könnte man an alle richten. Ich stelle sie an Herrn Professor Schetter, an Frau Eppert und an Herrn Götsche.

**Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion, Bonn):** Zum einen geht es um das „Thema „Internationalisierung“ und dann das Thema „Institutionalisierung“. Habe ich das richtig verstanden?

(Zuruf)

– Bei dem Thema „Internationalisierung“ muss sich die Friedens- und Konfliktforschung Nordrhein-Westfalen auch nicht verstecken. Bei dem Thema „Internationalisierung“ brauchen wir uns nicht zu verstecken. Mit dem DIE und dem BICC sind zwei Institute unter den 100 führenden global Thinktanks weltweit, seit den letzten zehn, zwölf Jahren gerankt. Da sind wir global enorm anerkannt, auch international vernetzt. Wenn Sie sich unsere Workshop-Konferenzen, unsere Veröffentlichungen anschauen, sehen Sie, dass wir, was die Internationalität angeht, sehr gut aufgestellt sind.

Ich glaube auch, dass das in dem Bonner Raum eine wichtige Rolle spielt, wenn man etwa über die „Akademie für internationale Politik“ nachdenkt, die das Land Nordrhein-Westfalen in Bonn etablieren will. Unserer Meinung nach ist solch eine Akademie darauf angewiesen, dass sie sich in einem Umkreis von internationalen Instituten befindet, die sich auch mit Fragen der internationalen Friedens-, Konflikt-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik beschäftigen. Deshalb: Wenn so eine Akademie kommen sollte, ist gerade dieses Zusammenspiel mit den bestehenden politischen Institutionen von einer herausragenden Bedeutung.

Damit bin ich auch gleich bei Ihrem Punkt, der Frage der institutionellen Verbindung. Denn über so eine Akademie ist natürlich eine Verbindung zum Beraten, zum Austausch mit der Landespolitik gut machbar. Ich glaube, wir sehen gegenwärtig in sehr vielen Feldern ... Ich kann für unser Institut sagen, dass wir mit verschiedenen Ministerien, mit dem Innenministerium, mit dem MKFFI, mit dem Justizministerium gegenwärtig in einem Austausch sind. Wir merken, dass wir als Wissenschaftler immer wieder gewisse Fragen aufwerfen können, gewisse Forschungen durchführen können, die auch für das Land von zentraler Wichtigkeit sind. Allerdings sind diese Mechanismen immer sehr individueller Art, hängen davon ab, wie die Anknüpfungspunkte in den Ministerien sind. Man würde sehr davon profitieren, wenn man sie auf eine institutionelle Ebene setzen könnte. Ein gutes Beispiel dafür ist das gegenwärtige sogenannte

CoRE-Netzwerk, angestoßen durch das MKW, mit dem wir gegenwärtig in der Lage sind, beim Thema „Salafismus“ die Expertise in Nordrhein-Westfalen zu bündeln und hier auch in einer sehr konstruktiven Weise in einen Austausch mit dem Land zu treten. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Professor Schetter. – Frau Eppert, Sie haben die Frage nicht verstanden?

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld):** Nein.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Dann würde ich Herrn Prof. Dr. Götsche zunächst einmal dran nehmen, und Herr Bell macht sich dann bereit, hier nach vorne zu kommen und Ihnen die Frage zu stellen.

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, Bielefeld):** Ich habe jetzt alles verstanden.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Sie haben alles? Und die Frage haben Sie auch gehört? – Gut, dann wird Herr Bell die Frage gleich noch einmal stellen. – Herr Götsche, wenn Sie jetzt antworten, und dann ist Herr Bell dran.

**Prof. Dr. Malte Götsche (Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science [AICES], RWTH Aachen):** Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung, auch dafür, dass das Thema auch eine solche Bedeutung für das Land hat, dass diese Anhörung eben stattfindet. Ich möchte einmal das bestärken, was Herr Schetter gesagt hat, dass es sicherlich eine gute Möglichkeit durch die internationale Politik geben wird, dass es sehr sinnvoll wäre, Themen der Friedens- und Konfliktforschung einzubringen, auch zur Stärkung des Bonner Standortes.

Ansonsten bin ich natürlich qualifiziert, auf die naturwissenschaftliche Friedensforschung einzugehen, die in Nordrhein-Westfalen sehr stark ist. Dort gibt es eine Gruppe an der RWTH Aachen, am Forschungszentrum Jülich. Wir arbeiten mit Fraunhofer Instituten zusammen, mit dem Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr. Aber das ist im Prinzip eine prekäre Situation, weil wir nicht dauerhaft gesichert sind. Natürlich hat das auch einen Einfluss darauf, wie sichtbar man international sein kann, weil das natürlich eine Kontinuität erfordert.

Ich möchte aber sagen, dass wir sozusagen für unser Gewicht sehr gut aufgestellt sind. Im Forschungsbereich kooperieren wir mit Universitäten in den USA – Princeton, Stanford beispielsweise. Wir sind sehr eng vernetzt in die Fachverbände der naturwissenschaftlichen Friedensforschung. Da gibt es einen Fachverband auf europäischer Ebene und einen internationalen mit starkem USA-Fokus. Da sind wir sehr stark aufgestellt. Aber wie gesagt: Es erfordert auch eine kontinuierliche Finanzierung, um das alles aufrechterhalten zu können.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Professor Götsche. – Jetzt müsste Herr Bell nochmal die Frage stellen, damit Frau Dr. Eppert sie auch beantworten kann.

**Dietmar Bell (SPD):** Ich hatte nach den Gelingens-Voraussetzungen für die vom Wissenschaftsrat angesprochene stärkere Kooperation und internationale Sichtbarkeit gefragt und gleichzeitig Ihren Vorschlag angesprochen, den Sie formuliert haben, mit einem institutionellen Dialog unter Beteiligung der Landesregierung, um zu einer entsprechenden Abstimmung auf der Landesebene zu kommen, sowohl was die Frage der Ziele als auch was die Frage der Ausrichtung in der Perspektive und Ausstattung des Forschungsschwerpunkts angeht.

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld):** Die Gelingens-Voraussetzungen: Ich denke, wir haben uns schon stark gemacht, dass wir uns wünschen würden, für die Profilbildung und für den Ausbau der Kooperationen, insbesondere mit dem Globalen Süden, mit der Diversifizierung an unseren Instituten mittelfristigere Unterstützung zu bekommen, sodass wir diesen Vernetzungsdiallog, den wir zwischen den Instituten schon begonnen haben, nachhaltiger und mit entsprechenden personellen Ressourcen begleiten können.

Wir haben Ideen, wir wissen auch, wo unsere Schwächen liegen im Programatischen, in der Internationalisierung. Um das längerfristig ausbauen zu können, müssen wir auch Mittel einwerben. Darum geht es letztlich dann. Die Drittmittel, die Beteiligungen an Forschungsvorhaben usw. erfordern einfach Ressourcen, personell und Reisedmittel, Möglichkeiten, zu Konferenzen zu entsprechenden Koordinationstreffen zu fahren, um diese Forschungsvorhaben auszubauen. Die sind in der Regel, wenn die längerfristig laufen, extrem arbeitsintensiv, sehr kompetitiv auch.

Ich kann für mein Institut sprechen: Wir arbeiten am Limit. Die Agenda und das, was gerade im Hinblick auf innergesellschaftliche Konflikte und Gewalt bedient werden muss, da ist viel, zu dem wir sprechen können, das wir bedienen können. Es gibt sehr viele verschiedene gesellschaftliche Akteure, die auf uns zurückgreifen. Dieser Spagat, den wir machen zwischen unserem Mandat der Forschung, unserem Input in die Lehre, aber auch der Transfer in die Politik und in den gesellschaftlichen Dialog, der bringt uns einfach an unsere Grenzen, sodass wir die Mitteleinwerbung ...

Wir sind im Hinblick auf unsere Arbeitsressourcen am Limit. Insofern denke ich, wenn wir das ernsthaft weiterverfolgen wollen und unsere Chance ergreifen wollen, uns international aufzustellen, dann brauchen wir einfach eine etwas andere Infrastruktur, wenn man da auch langfristiger an Forschungsvorhaben arbeiten muss.

Das andere ist der Dialog auf der Landesebene oder prinzipiell auch mit der Politik. Wenn wir jetzt nur auf Nordrhein-Westfalen gucken und den Dialog, den wir uns mit der Landesregierung wünschen, dann, denke ich, sind die Bonner Institute schon sehr nahe am Puls. Ich würde mir aber wünschen, dass wir vielleicht einen etwas etablierteren Dialog über die Zeit hinweg und nicht nur impuls gesteuert (*akustisch unverständlich*) ... sondern dass wir da auch über regelmäßige, vielleicht zweijährige Ausbauformate einfach noch stärker Ansprechpartner haben, mit Ihnen ja auch haben und dass

wir da einfach stärker in den Dialog gehen und uns regelmäßiger austauschen zum Fortgang des Ausbaus der Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Eppert. – Ja, so gut das ist mit digitaler Kommunikation. Nichts geht über eine Präsenzsitzung. Ich bedanke mich bei dem Techniker, der sich jetzt unablässig bemüht, das optimal hinzubekommen, aber das scheint nicht ganz so einfach zu sein. – Die nächste Fragestellerin wäre Frau Beihl, bitte schön.

**Daniela Beihl (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Auch seitens der FDP-Landtagsfraktion noch einmal herzlichen Dank für Ihre Expertise heute und für Ihre Arbeit, die Sie auf diesem Feld machen.

Meine erste Frage geht an Frau Dr. Galassi, Frau Dr. Eppert und Herrn Professor Dr. Göttsche. Der Wissenschaftsrat hat festgestellt, dass die sozialwissenschaftlich ausgerichtete Friedens- und Konfliktforschung bereits sehr gut ausgestattet ist. Gleichzeitig ist aber auch ein Ergebnis des Wissenschaftsrates, dass naturwissenschaftliche und technische Friedens- und Konfliktforschung noch ausbaufähig ist. Meine Frage an Sie wäre jetzt: Wie könnte man das Ihrer Meinung nach stärker forcieren – wenn es schon an gewissen Instituten vielleicht schon herausragende Leistungen dazu gibt, Leuchttürme vielleicht zu nennen – und wie man das Ganze insgesamt einfach weiterentwickeln kann? – Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Beihl. – Dann Dr. Galassi, bitte.

**Dr. Silvana Galassi (Wissenschaftsrat, Köln):** Herzlichen Dank für die Fragen und danke, dass auch ich heute an dieser Anhörung teilnehmen kann und den Wissenschaftsrat hier vertreten kann. Die naturwissenschaftlich-technische Friedens- und Konfliktforschung haben wir in der Tat als die große Baustelle identifiziert. Deutschland war einmal einer der weltweit führenden Nationen in diesem Bereich.

Diejenigen, die sich damals vor allem in den 70er- und 80er-Jahren da engagiert haben, sind inzwischen nahezu alle in den Ruhestand gegangen. Der Nachwuchs wurde nicht aufgebaut. Nordrhein-Westfalen hat jetzt das große Glück, einen Juniorprofessor in dem Bereich zu haben, der eine Nachwuchsgruppe hat. Das ist eine gute, eine stabile Grundlage, die allerdings nicht ausreicht. Das ist ein Bereich, der fachlich auch sehr breit aufgestellt ist: Physik, Chemie, Geologie, in neuerer Zeit die Informatik, auch sehr stark. Das heißt, Sie werden mit einer Juniorprofessur und einer kleinen Nachwuchsgruppe da nicht weiterkommen.

Natürlich ist Herr Göttsche – das weiß er besser als ich – auch eingebunden in Netzwerke. Aber um diesen Bereich zu stärken, wäre es aus unserer Sicht wünschenswert, mindestens eine zweite Professur aufzubauen, dann am Standort in Aachen. Es macht wenig Sinn, das in Nordrhein-Westfalen auf mehrere Standorte zu verteilen. Aus unserer Sicht wäre es gut, die naturwissenschaftlich-technische Friedens- und Konfliktforschung, wenn man sie in Nordrhein-Westfalen stärken möchte, an einem Standort

zu stärken. Da würde sich Aachen oder Aachen/Jülich am ehesten empfehlen. Wichtig wäre da allerdings, dass der Austausch – das scheint hier der Fall zu sein – zu den sozialwissenschaftlich-politikwissenschaftlichen Kerndisziplinen gewährleistet ist.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Galassi. – Frau Dr. Eppert, haben Sie die Frage verstanden? Wunderbar.

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld):** Vielen Dank für die Frage. Ich möchte nochmal kurz auf den einleitenden Teil eingehen: Die sozialwissenschaftliche Friedens- und Konfliktforschung ist gut ausgestattet. Ich würde nochmal betonen wollen, dass sich das insbesondere auch auf das Bild bundesweit bezieht. Für Nordrhein-Westfalen haben wir tatsächlich noch Ausbaubedarf oder Ausbaupotenzial.

Bezüglich der naturwissenschaftlich-technischen Friedens- und Konfliktforschung kann ich mich meiner Vorrednerin nur anschließen. Ich halte das für extrem wichtig. Wenn wir uns anschauen, wie sich einfach auch die Rüstungsindustrie verändert hat und was NRW noch an anderen Forschungskompetenzen hat im Hinblick auf Cyberraum, Cyberkriminalität usw., dann denke ich, ist es extrem wichtig, genau den Bereich, den Herr Götsche hier auch vertritt, zu stärken, denn weltweit sind die Kompetenzen einfach an zehn Fingern abzuzählen. Ich halte es für extrem wichtig, dass Deutschland auch mit dem Anspruch, den wir in der UNO haben, Kompetenzen nachweisen kann, mit denen wir uns an den notwendigen Debatten in den internationalen Einrichtungen beteiligen können.

Was man konkret tun kann: Ich bin nicht so weit drin, wir müssten dann mit Herrn Götsche die Standorte auch nochmal besprechen. Aber soweit ich weiß, hat das Land NRW schon bereits in der Vergangenheit immer wieder sehr hochwertige Programme zur Unterstützung von Forschungs-Agenden aufgelegt, bei denen Professoren und auch relativ viele Angestelltenstellen zum Beispiel für eine gewisse Zeit vorfinanziert wurden und dann die Haushalte der Universitäten auch mit eingestiegen sind, so wie ich das weiß, aus dem Bereich Integration, Schulintegration – da hatten wir in Bielefeld ein Programm, von dem die Universität extrem profitiert hat, das aber auch gleichzeitig die Landesagenda sehr stark angeschoben hat.

Wo ich nochmals zu Mut und zu konstruktivem Dialog auf der Landesebene anregen möchte, ist, dass die naturwissenschaftlich-technische Friedens- und Konfliktforschung und das Einpflegen der Ergänzung zu dieser Forschung auch in die sozialwissenschaftliche Forschung immer so ein bisschen wie ein Pingpong zwischen internationaler, nationaler und Landeszuständigkeit ist. Da würde ich zu Mut aufrufen, das in die Hand zu nehmen. Denn obgleich Bundesministerien eine gewisse Weisungsbefugnis und auch eine gewisse Deutungshoheit haben, ist die Forschung in den Ländern verortet. Insofern kann NRW sich dazu mutig bekennen und das auch mit dem Bund zusammen ausbauen.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Eppert. – Herr Professor Götsche, bitte.

**Prof. Dr. Malte Götttsche (Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science [AICES], RWTH Aachen):** Vielen Dank für die Frage, Frau Beihl. NRW ist ein sehr guter Standort für die naturwissenschaftliche Friedensforschung, was die Kooperation mit den Sozialwissenschaften betrifft. Wir behandeln zum großen Teil die Thematik der nuklearen Rüstungskontrolle und der Verifikationen von Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle. Da muss man klar sagen, dass Nordrhein-Westfalen national hier der führende Standort ist mit der RWTH Aachen, mit dem Forschungszentrum Jülich, den Kooperationspartnern am Fraunhofer Institut für naturwissenschaftliche Technologieentwicklung und dem Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr, aber sozialwissenschaftliche wird nukleare Rüstungskontrolle zum Beispiel auch an der Universität Duisburg-Essen bearbeitet.

Es gibt Überschneidungen mit dem BICC, zum Beispiel in Fragen der Cyberrüstungskontrolle und außerhalb der Friedens- und Konfliktforschung auch Berührungspunkte zur Universität Bonn. Das heißt, das ist etwas, was sich lohnt zu behalten und auszubauen, gerade im Hinblick auf die Empfehlung des Wissenschaftsrats, weil NRW sicherlich mit einer starken naturwissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung deutlich kompetitiver aufgestellt wäre, wenn es darum geht, Bundesmittel einzuwerben, die sich durch die Empfehlung jetzt ergeben werden.

Frau Galassi hat schon auf die prekäre Lage hingewiesen. Es gab eine Gruppe an der TU Dortmund, die jetzt weniger aktiv ist, weil der Leiter altersbedingt in Rente gegangen ist. Ich selbst sitze auf einer befristeten Juniorprofessur ohne Tenure Track, die 2024 auslaufen wird. Das heißt also, dass man sich entscheiden muss, ob man diesen Forschungszweig in Nordrhein-Westfalen behalten möchte oder nicht. Wenn man ihn behalten möchte, ist die Situation dringend, weil die Zeit davonrennt.

Der Wissenschaftsrat hat explizit Bund und Länder aufgefordert, neue Leitungsstellen in der Friedens- und Konfliktforschung einzurichten. Aus meiner Sicht macht es Sinn, weil das ein Forschungsfeld ist, das es etwas schwierig hat, originär aus den Universitäten heraus zu wachsen, weil es in den Universitäten in der Regel die Fachgruppen oder die Fakultäten sind, die über die Neubesetzung bestehender Professuren entscheiden. Und wie der Wissenschaftsbericht deutlich macht, ist in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung gerade der Aspekt der Öffentlichkeit zur Politikberatung sehr wichtig und gerade der Aspekt bei der Internationalität der Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften. Das ist etwas, was in den disziplinär ausgerichteten Fachgruppen weniger wichtig ist. Gerade aufgrund des Politikberatungsbedarfes kann gut argumentiert werden, dass Bund und Länder tätig werden müssen.

Die Landesrektorenkonferenz hat ebenfalls eine Stellungnahme abgegeben, in der sie auch betont, dass die dauerhafte Förderung der Friedens- und Konfliktforschung von Interesse ist und dass sie gerne in einen Dialog mit dem Land und mit dem Landtag treten würde, um hierüber zu reden. Das heißt, leider wird eine begrenzte Projektförderung nicht viel bringen. Es bedarf einer großen Initiative wie der bereits eingebrachten Landesprofessuren beispielsweise oder auch einen engen Dialog mit dem Bund, wobei natürlich der Bund wiederum nicht dauerhaft in die Finanzierung der Universitäten eingreifen kann. Insofern hängt das hier tatsächlich vom Land NRW ab zu entscheiden: Ist die naturwissenschaftliche Friedensforschung etwas, was sie

beibehalten und fördern möchte oder ist es eben nicht der Fall. Dann müssen aber auch die Konsequenzen getragen werden.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Herr Professor Götttsche, ich habe am Anfang vergessen, den Sachverständigen mitzuteilen, dass ich heute in zwei Rollen hier sitze. Die erste Rolle haben Sie hier festgestellt: als Vorsitzender dieses Ausschusses und Moderator. Ich habe auch noch eine zweite Rolle, nämlich Sprecher der AfD für Wissenschaft und Forschung. Diese Rolle möchte ich jetzt gerade ausfüllen und deswegen frage ich Herrn Professor Dr. Schetter, Frau Dr. Roth und Frau Dr. Galassi Folgendes:

Der Antrag der Grünen nennt allein acht Institute, die sich mit der Friedens- und Konfliktforschung beschäftigen. Ich betone nochmal ausdrücklich, dass ich diesen Forschungsbereich für unbedingt notwendig halte, denn wir leben nicht mehr in der Antike, wo man wusste, dass die Göttin Ate für jeden Konflikt verantwortlich ist. Wir wissen heute, dass es natürlich wesentlich komplexer ist. Also brauchen wir diese Forschung. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

Allerdings haben Sie alle schon in Ihren Statements angeführt, dass überall die Decke kurz ist. Jeder zieht an der Decke und hat dann irgendwann doch kalte Füße. Deswegen frage ich jetzt mal offen – das ist eine schwierige Frage für Sie, weil Sie natürlich die Institute vertreten, das verstehe ich schon: Wäre es nicht vernünftig, außeruniversitäre Institute zusammenzuführen oder wenigstens enger aneinanderzubinden und universitäre Institute so aufzustellen, dass man sich überlegt, wo man Schwerpunkte setzen kann, nicht um etwa die Friedens- und Konfliktforschung zu behindern oder sie schwächer zu machen, sondern im Gegenteil, um sie durch Synergieeffekte zu stärken, und zwar personell und natürlich auch finanziell zu stärken. Das ist wahrscheinlich jetzt eine schwierige Frage für Herrn Prof. Schetter, Frau Dr. Roth und Frau Dr. Galassi. – Herr Professor Schetter, Sie sind dran. Jetzt bin ich wieder in der Rolle des Moderators.

**Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion, Bonn):** Vielen Dank für diese Frage, die wir natürlich sehr gern aufgreifen und beantworten. Jetzt kommen wir zu der Schnittstelle: In welche Richtung soll sich die Friedens- und Konfliktforschung in Zukunft entwickeln? Da sprechen Sie zwei Themen an: auf der einen Seite die Profilausrichtung, auf der anderen Seite die Decke, die überall zu kurz ist.

In der Tat, man müsste hier vielleicht noch einmal auf Frau Beihl eingehen. Die sozialwissenschaftliche Friedens- und Konfliktforschung ist in Nordrhein-Westfalen nicht gut aufgestellt. Wir haben drei Professuren der sozialwissenschaftlichen Friedens- und Konfliktforschung, ... (*akustisch unverständlich*) in Nordrhein-Westfalen, die anderen sind alle in der Rechtswissenschaft eingerichtet. Das geht um drei Professoren, die wir haben. Meine Meinung ist im Institut dargestellt. Wir sind ein Institut mit 60 Leuten, und der Einzige, der nicht mit Drittmitteln finanziert wird, bin ich. Das heißt, wir haben 59 Leute, die nur über Drittmittel finanziert werden, und das ist beim IKG in Bielefeld genau das Gleiche. Das heißt, Sie haben Institute, die sich am Markt behaupten, um das mal so marktwirtschaftlich auszudrücken. Wir machen Projekte mit DSG, wir sind in

dem „Horizon 2020“ führend, wir sind im Sonderforschungsbereich – alles qualitativ hochwertige Projekte, die wir machen.

IKG ist genau das Gleiche, und INEF ist ebenfalls genau das Gleiche. Das heißt, wir behaupten uns am Markt bzw. haben wir eine Drittmittelquote von über 80 %. Das finden Sie kaum in einem anderen sozialwissenschaftlichen Institut in Deutschland, das ist enorm hoch. Gleichzeitig haben wir eine Situation, in der wir eben auch politisch nachgefragt sind – jetzt komme ich kurz zu Ihren Antworten: Wir haben es nicht mit Nischenthemen zu tun, sondern mit Themen zu tun, die eine enorm politische Relevanz haben, zu denen wir auf allen Ebenen nachgefragt werden.

Das ist etwas, wenn Sie jetzt die außeruniversitären Institute nehmen – beim DIE, gibt es eine ganz andere Richtung, hier sehr stark mit der Schnittstelle zur Entwicklungspolitik, bei uns weitaus stärker zum Thema der „Sicherheitspolitik“. Das heißt, wir haben – und nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland – eine sehr starke Profilbildung in den letzten 20 Jahren hingelegt, wo deutlich ist, wer welche Teilbereiche macht, wer sich in welchen Disziplinen besonders stark aufstellt. Deshalb sehe ich gegenwärtig nicht, dass wir hier stärker zusammengeführt werden können. Ich muss auch erwähnen, dass die DIE ein Institut ist, das zu Dreivierteln aus Bundesmitteln finanziert wird. Wir bekommen keinen einzigen Euro Bundesmittel. Wenn sich daran etwas drehen ließe, würden wir uns sehr freuen.

Das heißt, wir haben einen sehr unterschiedlichen Zuschnitt der Institute, an dem wir immer wieder erkennen: Es gibt hier Bereiche, wo wir gut miteinander arbeiten, aber die Profilbildung all dieser Institute und auch der Professuren – das sind nicht viele – ist sehr unterschiedlich. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Professor Dr. Schetter. – Frau Dr. Roth, bitte.

**Dr. Michèle Roth (Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn):** Vielen herzlichen Dank, auch vielen Dank für die Einladung meinerseits. Wir als Stiftung Entwicklung und Frieden sind hier in einer gewissen Sonderrolle auch in dem Antrag erwähnt und auch hier in der Gruppe, da wir eben kein originäres Forschungsinstitut sind, sondern eine Einrichtung, die dem Transfer und dem Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft dient. Insofern kann ich Ihre Frage auch nur von außen beantworten und kann da aber auch nur das unterstreichen, was Conrad Schetter eben schon gesagt hat. Nach unserer Wahrnehmung – wir arbeiten intensiv mit den einzelnen Instituten zusammen und profitieren von ihren Arbeitsergebnissen – haben alle ihre eigenen inhaltlichen Profile. Gerade im Sinne einer Profilbildung wäre, glaube ich, eine Fusion sehr schwierig und nachteilig, weil man dann diese Profile verwässern würde. Von daher glaube ich nicht, dass man das Problem, das man mit der Unterfinanzierung hat, damit lösen würde, wenn wir die Institute stärker zusammenfassen würden.

Es gibt auch sehr starke Kooperationen. Von unserer Seite verweise ich auf die Kooperation mit dem Institut für Entwicklung und Frieden, sozusagen unserem Schwesterinstitut, das durch einen Vertrag unserer Stiftung mit dem Land ursprünglich sogar



einmal gegründet worden ist. Da gibt es eine starke Zusammenarbeit. Wir arbeiten auch mit allen anderen intensiv zusammen. Von daher, wie gesagt, die Profile sind über eine sehr lange Zeit gewachsen. Wir sprechen auch nicht von neuen Instituten, sondern wir haben alle 20, 30 und mehr Jahre auf dem Buckel, die hier sitzen. Ich glaube, da hat auch jedes Institut seine Berechtigung.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Frau Dr. Galassi.

**Dr. Silvana Galassi (Wissenschaftsrat, Köln):** Meine Antwort ist relativ überraschungsfrei. Der Wissenschaftsrat würde sich nicht für eine Fusion der Einrichtungen aussprechen wollen, auch nicht für eine Hyperkonzentration. Die Breite, die da ist, deckt ja auch die Breite von Konfliktlagen, von gesellschaftlichen Spannungen, Konfliktursachen usw. ab. Wenn Sie die Einrichtungen konzentrieren, fusionieren würden, würden Sie den Fokus, den sie haben, und den Blick, den sie auf Welt, auf Gesellschaft haben, dramatisch verengen. Das kann keiner wollen.

Die enorme Nachfrage nach Beratungsleistungen aus den Einrichtungen, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen haben, und zwar von unterschiedlichster Seite, von unterschiedlichen Bundesministerien, von unterschiedlichen Organisationen außerhalb der Regierungen, von Landesregierungen, von den Kirchen, von Kommunen zeigt auch, dass die Einrichtungen diese Fragen in einer Art und Weise beantworten, die für Politik durchaus anschlussfähig ist. Von daher keinesfalls Konzentration, sondern unsere Empfehlung wäre: Stärken Sie die Einrichtungen! Der Bund legt jetzt ein umfangreiches Förderprogramm auf, an dem Ihre Einrichtungen nur dann gewinnbringend oder erfolgreich partizipieren können, wenn sie vorher hier im Land gut ausgestattet sind.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Galassi. – Dann kommen wir jetzt in die zweite Fragerunde. Ich würde wieder Herrn Bolte-Richter bitten.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich würde den Begriff der kurzen Decke auch noch einmal aufgreifen, aber nicht mit der Frage, wie verteilen wir die Decke anders, sondern mit der Frage: Wie vergrößern wir diese Decke? Denn das ist es, was ich aus den Statements mitnehme, dass wir durchaus an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf haben. Daher würde ich die Frage an Herrn Schetter, Herrn Vüllers und Frau Roth geben mit Blick auf die Herausforderung, die Entwicklung nach vorne, insbesondere mit Blick darauf, welche Institute noch ausgebaut werden müssten, mit welchen Profilen und welchen Herausforderungen das verbunden wäre, um das Profil, das wir in der ersten Runde schon gut herausgearbeitet haben, das wir in Nordrhein-Westfalen ja besitzen, weiterzuentwickeln, das wir auch ein Stück weit aus dem rein wissenschaftlichen Bezug weiterentwickeln in Richtung Zivilgesellschaft und ähnliche Aspekte.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Bolte-Richter. – Dann Herr Professor Schetter, bitte schön.

**Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion, Bonn):** Das ist jetzt natürlich eine wunderbare Steilvorlage für unsere Wünsche, die wir alle haben. Aber ich will jetzt gar nicht so weit ausholen. Ich glaube, der Wissenschaftsrat stellt zu Recht fest, dass es darum geht, dass die Wissenschaft zu selbst gewählten Themen forschen soll. Das ist gegenwärtig kaum möglich. Das heißt, sie sind so in der Drittmittel-Maschinerie drin, dass sie nur noch dem Ruf des Geldes folgen und insofern kaum die Möglichkeit haben – das betrifft alle Institute in Nordrhein-Westfalen –, selbst gewählte Themen wirklich inhaltlich, perspektiv aufzuwerfen. Darin besteht eine große Gefahr.

Betrachtet man das Ganze aus der Perspektive des Landes Nordrhein-Westfalen, so ist die Friedens-Konflikt-Forschung ein ungehobener Schatz, der auch aus dem Eigeninteresse des Landes Nordrhein-Westfalen weitaus stärker eingebracht werden kann. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Wir bekommen täglich sehr viele Anfragen von Kommunen, die uns fragen, weil wir eine große Länderexpertise zu Ländern wie Afghanistan, Syrien oder Irak haben: Schickt uns mal jemanden vorbei, der einen Vortrag halten kann: Wie sieht es gerade in Afghanistan aus? Wir haben Flüchtlinge aus Afghanistan. Andere fragen: Wie kann man mit dem Thema „Radikalisierung“ umgehen?

Das sind alltägliche Anfragen, die wir von Praktikern, aus der Kirche, aus Kommunen erhalten, die wir aber nicht beantworten können, weil unsere Mitarbeiter zu 100 % in Drittmittel-Projekte eingebunden sind und gar nicht die Möglichkeit haben, darauf einzugehen. Das heißt, es gibt hier einen enormen Wissensschatz – das habe ich Ihnen am Beispiel von BICC dargestellt, Sie können aber auch jedes andere Institut nehmen – , der einfach da liegt und nicht verwendet werden kann.

Jetzt komme ich zu einer Sache, bei der man die Decke einfach etwas größer machen könnte, sodass auch das Land Nordrhein-Westfalen etwas davon hätte. Die Frage ist natürlich, wir bemühen uns um eine größere institutionelle Förderung, das sieht sicherlich bei den universitären Instituten nicht anders aus als es bei den außeruniversitären aussieht. Da sind die Hebel unterschiedlich. Darum bemühen wir uns alle.

Herr Bolte-Richter, ich glaube, die Frage geht auch darum: Wie können wir gemeinsam mehr erreichen? Es geht auch gerade um die Frage: Wie können wir gemeinsam in der Profilbildung arbeiten? Wir fänden es sehr spannend, wenn man in die Richtung gehen würde, dass gerade Kooperationsprojekte in NRW, bei denen auch der Netzwerkgedanke der Friedens-Konflikt-Forschung gestärkt würde, honoriert würden und man sich gleichzeitig überlegen könnte, wie man solche Projekte mit Ressourcen ausstatten könnte, mit denen dann der Transfer in die Politik, in die Praxis gestärkt werden könnte. Das wäre eine Möglichkeit. Wir werben etwa im BMBF-Projekt für ein internationales Thema – ich nenne es „Klima und Gewaltkonflikte“. Wenn wir die Ergebnisse, die wir daraus gewinnen, dann über ein Projekt auch nutzen und dann auf der Landesebene, auf der kommunalen Ebene einspannen, dann wäre das eine Möglichkeit. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Professor Schetter. – Herr Vüllers.

**Dr. Johannes Vüllers (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, Duisburg):** Vielen Dank für die Frage, Herr Bolte-Richter. Ich möchte jetzt nicht einzelne Institute nennen. Es macht auch keinen Sinn, wenn wir alle ähnliche Probleme haben mit der institutionellen, strukturellen Ausstattung, wie wir sind. Das, was man machen kann, ist, dass man sich überlegt, was muss ein Institut haben, damit es funktioniert und damit es auch – wie Herr Schetter es genannt hat – am Drittmittelmarkt weiterhin partizipieren kann und weiterhin Drittmittel einwerben kann, was auch im Interesse des Landes ist. Die Profilbildung kann damit verknüpft werden.

Man könnte sich neben einer strukturellen Erhöhung für alle auch vorstellen, dass man NRW-Landesprofessuren ausschreibt, die man gemeinsam mit den Universitäten auflegen müsste und die auch zur Stärkung der jeweiligen Profilbildung in den Universitäten beiträgt. Bisher hatten wir vor allen Dingen die außeruniversitären Institute. Da gibt es aber in vielen Universitäten sehr nachgefragte, auch international nachgefragte Studiengänge. Wir haben einen Masterstudiengang zu Development and Governance, wo wir 20 Leute aus dem Globalen Süden jedes Jahr in Duisburg begrüßen können, die bei uns studieren.

Das trägt auch zur internationalen Sichtbarkeit bei, die der Wissenschaftsrat angemahnt hat, auch mit Landesprofessuren oder Professuren insgesamt, was uns auch bei BMBF-Ausschreibungen auf Bundesebene helfen würde. Das hat auch inhaltlich eine Bedeutung, weil wir unterschiedliche Profile haben. Wir können unsere Profile durch solche Ausschreibungen, die wirklich langfristig sind, entwickeln, der Landesregierung vorlegen und sagen: Ist das von Interesse, wie wir es machen wollen als Institut oder nicht? Ich denke, das ist der Weg, anstatt sich einzelne Institute herauszugreifen, das eher als ein kompetitives Verfahren zu sehen, wie wir da weiterkommen. Aber es muss in irgendeiner Form eine Steigerung da sein. – Danke schön.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Vüllers. – Frau Dr. Roth, bitte.

**Dr. Michèle Roth (Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn):** Danke. – Wenn ich jetzt den Blick auf unsere Arbeit und von uns ausgehend anwende, dann kann ich einerseits nur unterstreichen, was eben gesagt wurde. Mir wäre ein wichtiges Anliegen tatsächlich die Verstetigung der Arbeit, also dieses Drittmittel-Getriebene trifft uns auch immer stärker, weil unsere Stiftung durch die zurückgehenden Erträge aus dem Stiftungskapital die letzten Jahre sehr viel stärker auf Drittmittel angewiesen war, was dazu führt, dass die Arbeit grundsätzlich eben punktueller wird und man nicht zwingend langfristiger an bestimmten Themen arbeiten kann und auch Netzwerke, die man sich international erarbeitet, dann wieder verlorengehen oder nicht dauerhaft gepflegt werden können.

Es wäre mir ein Anliegen, dass wir in diesen Netzwerken an Themen die Möglichkeit haben, längerfristig zu arbeiten, und die Mittel dafür haben. Das würde auch die inhaltlichen Erträge steigern. Wenn ich jetzt unsere Projekten sehe, was bei Veranstaltungen herauskommt, dann sind das viele einzelne Ideen, was man in bestimmten Problemfeldern machen könnte. Was dann fehlt, ist die Verstetigung, um daraus in einer

Runde von Experten Handlungsempfehlungen konkret herausarbeiten zu können, die dann auch konsolidiert sind.

Der zweite Bereich, bei dem ich wirklich Bedarf sehe, ist der Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation, auch hier im Hinblick auf Transfer der Ergebnisse aus der Wissenschaft in die Politik, aber auch in die Gesellschaft, in die Wirtschaft hinein. Wir haben uns vor ein paar Jahren eine Kommunikationsstrategie erarbeitet, aber in der Umsetzung krankt es genau daran, dass uns an allen Ecken und Enden die Mittel fehlen. Ich glaube, das geht ganz vielen so. Das würde die Sichtbarkeit auf uns, aber auch übertragen auf die anderen Institutionen von der Friedensforschung, nochmal deutlich erhöhen, wenn dafür einfach auch Mittel vorgesehen wären. Das ist der Bereich, der eigentlich immer als Erstes hinten runterfällt.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Roth. – Jetzt wäre als nächster Fragesteller Herr Dr. Nacke dran, bitte.

**Dr. Stefan Nacke (CDU):** Danke schön. – Ich habe in der Stellungnahme der Stiftung Entwicklung und Frieden gelesen, dass das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ auch nochmal aufgetaucht ist. In den anderen Stellungnahmen von INEF und BICC wurde sich auch geäußert zu dem Thema „Transferstelle zur Landes-, Bundes-, Europapolitik“, und zwar mit unterschiedlichen Perspektiven darauf. Ich würde Sie drei gerne bitten, dass Sie ausführen, warum Sie sich so äußern.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Also Frau Dr. Roth, dann Prof. Schetter und Dr. Vüllers. – Frau Dr. Roth, bitte.

**Dr. Michèle Roth (Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn):** In der Tat: Das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ habe ich gerade schon angesprochen. Der verstärkte Dialog insbesondere in die politische Praxis hinein – ich meine mit Öffentlichkeitsarbeit gar nicht unbedingt die breite Öffentlichkeitsarbeit, die kann auch eine Rolle spielen, aber gerade auch die Öffentlichkeitsarbeit in die Fachöffentlichkeit hinein, also etwa in die Landtage hinein – ist uns ein Anliegen. Es ist insbesondere, gerade aus unseren Gremien und auch vom Land – wir haben noch drei weitere Stifterländer – ein Anliegen, das kontinuierlich an uns herangetragen wird, dass wir eben in dieser Kommunikation stärker werden sollten.

Das versuchen wir auf verschiedenen Kanälen, in den sozialen Medien beispielsweise. In den letzten Jahren haben wir uns sehr stark weiterentwickelt. Wir versuchen, verschiedene Zielgruppen anzusprechen. Aber wie ich eben schon erwähnte, ist das der Punkt, weil unsere finanziellen und personellen Kapazitäten begrenzt sind, der dann häufig als Erstes halt nur noch mit halber Kraft bedient werden kann. Ich glaube, man bräuhete tatsächlich in den einzelnen Institutionen personelle Kapazitäten, die explizit diese Aufgabe hätten, um dann auch sicherzustellen, dass dieses Feld nicht in dem Pulk der restlichen Arbeit untergeht. Ob man da mit Dritten zusammenarbeitet, wie auch immer: Ich glaube, man muss das stärker als eigenen Auftrag auch wahrnehmen, um dem auch das notwendige Gewicht zu geben. Es ist schön und gut, wenn wir tolle

Ergebnisse erarbeiten, bei uns auch in Dialogen mit Fachleuten aus dem Globalen Süden, die wir sehr stark zu unseren Projekten hinzuziehen, das heißt aus der Wissenschaft, aber insbesondere auch aus der Politik, aus der Gesellschaft, aus der Wirtschaft. Wir haben dann in unseren Projekten ganz tolle Erkenntnisse und kriegen verschiedenste Perspektiven mitgeteilt. Aber das bleibt in einem kleinen Kreis. Und es ist uns ein Anliegen, das stärker zu teilen und damit auch der Politik Orientierungshilfe für Entscheidungen zu geben.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Roth. – Herr Professor Schetter, bitte.

**Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion, Bonn):** Wir haben uns eher etwas kritisch gegenüber einer Transferstelle geäußert. Ich will Ihnen die Gelegenheit geben, das einmal zu erörtern. Ich glaube, es geht nicht prinzipiell dagegen, sondern es ist ein bisschen die Sorge, dass eine Transferstelle häufig genutzt wird, um nach außen zu zeigen: Wir haben jetzt etwas für die Friedens- und Konfliktforschung getan, was aber nicht nachhaltig ist. So eine Stelle würde nach vier oder fünf Jahren wieder kassiert, und es ist nichts geblieben. Deswegen hat man ein bisschen die Sorge, dass das so eine Art Außendarstellung ist, die aber nicht nachhaltig ist, die das Ganze mit Leben füllt. Das ist die große Sorge, die man hierbei hat.

Ich sehe, die Vernetzung gerade unter den Instituten in Nordrhein-Westfalen klappt sehr gut. Sie ist sehr projektgetrieben. Eine weitere Vernetzungsstelle würde nochmal mehr Ressourcen binden. Man müsste sich genau fragen, wie man diese strategisch ausrichtet, dass wirklich ein Mehrwert für Nordrhein-Westfalen oder für die Institute in Nordrhein-Westfalen entsteht. Dabei sind vielleicht zwei Dinge zu bedenken, das eine, dass wir es hier mit diversen Instituten zu tun haben, die eine sehr unterschiedliche Ausrichtung, sehr unterschiedliche Adressatenkreise haben. Deshalb müsste man sich fragen, ob man nicht das Gesamte bündelt, um auch der Vielfalt der Friedens- und Konfliktforschung in Nordrhein-Westfalen gerecht zu werden.

Die zweite Frage wäre, wo man die ansiedelt. Bei einem Punkt bin ich bei Ihnen – es ist unter uns umstritten: Was wir gegenwärtig feststellen können, ist, dass die Institute aus Nordrhein-Westfalen es viel schwieriger haben, auf Bundesebene gehört zu werden. Die Hessische Stiftung für Friedensforschung hat eine Dependence in Berlin, die Hamburger sind in einer Stunde Fahrt in Berlin. Das heißt, da sind dauernd Kontakte da. Da sind wir als Institute in NRW eher abgehängt. Das heißt, wenn es darum geht, auf der bundespolitischen Ebene auch hier Einfluss zu gewinnen, haben wir es weitaus schwieriger. Das ist so der Gedanke, wo man überlegen könnte, das Ganze in diese Richtung zu bringen. Allerdings muss man sich überlegen: Wie hoch sind die Transaktionskosten? Des Weiteren ist es für uns weitaus wichtiger, auf der europäischen Ebene eine Rolle zu spielen, also in Brüssel Gehör zu finden. Das ist vielleicht auch der weitaus schwerer zu knackende Pott als Berlin, weil man es mit Institutionen zu tun hat, zu denen der Zugang weitaus schwieriger ist.

Ich glaube, ich muss an der Stelle vielleicht meine Stellungnahme ein bisschen ausfüllen. Es gibt da Licht und Schatten. Es kommt darauf an, wie man die wirklich strategisch ausrichten würde.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Und Herr Dr. Vüllers, bitte.

**Dr. Johannes Vüllers (Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, Duisburg):** Vielen Dank. – Ich stimme Herrn Schetter zu: Licht und Schatten! Wir als INEF sehen ein wenig mehr Licht als Schatten. Wir denken schon, dass es sinnvoll sein kann, eine Transferstelle oder Koordinationsstelle zu schaffen. Das darf natürlich nicht auf Kosten dieser strukturellen Auswüchse gehen, worüber wir gerade gesprochen haben. Dann gibt es auch keine Inhalte zu koordinieren, auch keine Empfehlungen, die wir geben könnten, wenn wir nicht mehr forschen können.

Wir denken aber, dass es schon wichtig ist, dass wir die unterschiedlichen Expertisen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, in irgendeiner Form bündeln können und auch als Wissenschafts-Community gemeinsam bereitstellen können. Das heißt nicht, dass es auf jeder Ebene sein muss. Das heißt nicht, dass wir jemanden haben müssen, dem immer alle Ergebnisse gemeldet werden, aber dass wir eine Hülle bauen, die auch auf der internationalen Ebene wie auch auf der deutschen Ebene klar sagt: Das ist die NRW-Friedens- und Konfliktforschung. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Dr. Vüllers. – Dann wäre jetzt für die SPD Herr Schultheis dran, bitte schön.

**Karl Schultheis (SPD):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Als dienstältester Abgeordneter hier im Landtag kann ich mich gut daran erinnern, als wir die UNO-Stadt Bonn initiiert. Damit war auch die Gründung von BICC verbunden, überhaupt die Aktivitäten im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung. In der Anhörung ist mir heute nochmal klargeworden, dass wir in der Tat eine größere wissenschaftliche Breite wollen und auch haben müssen. Die Profile sind nicht schädlich, sonst hätten wir auch nur eine mehrstufige Geschichte nötig. Nein, die Breite ist erforderlich. Wissenschaft ohne Breite ist keine Wissenschaft. Von daher sind diese Merkmale, die hier vorgetragen worden sind, absolut richtig.

Was die nachhaltige Finanzierung angeht, ist das auch überzeugend. Man kann nur Drittmittel gewinnen, wenn man eine solide Basis hat, denn man kriegt nie eine 100-Prozent-Finanzierung.

Was mich jetzt aber an der Interdisziplinarität interessiert – da frage ich Herrn Professor Göttsche und insbesondere auch Frau Dr. Galassi, weil das in den Statements des Wissenschaftsrats, aber auch in dem Statement von Herrn Professor Göttsche vorkommt –: Ich hätte gerne ein paar konkrete Beispiele, wie wir Physik und Informatik stärker in diesen interdisziplinären Dialog hineinbringen, weil in der Tat die technische Entwicklung heute, was Friedens- und Konfliktforschung angeht, das sicherlich qualitativer auf ein anderes Niveau hebt.

Was den finanziellen Einsatz der öffentlichen Seite angeht, bin ich der Meinung, dass es viel preiswerter ist, Konflikte zu vermeiden als Konflikte nachher zu bezahlen, wenn sie denn auch entstehen. Insofern ist die Frage schnell zu beantworten.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Schultheis. Jetzt schauen wir mal, ob die Frage schnell zu beantworten ist. – Aber Herr Prof. Götsche hat jetzt diese schwere Aufgabe.

**Prof. Dr. Malte Götsche (Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science [AICES], RWTH Aachen):** Vielen Dank. – Die Frage lässt sich natürlich beantworten, und zwar machen wir naturwissenschaftliche Friedensforschung, weniger der Physik oder der Informatik willen, sondern mit dem übergeordneten Ziel, Frieden und der Sicherheit auf der Welt zu schaffen. Da gibt es natürlich viele Anknüpfungspunkte. Wenn ich auf die Verifikationsforschung eingehe – NRW ist besonders stark aufgestellt für die nukleare Kontrolle –: Da spielen Begriffe wie Transparenz, Vertrauensbildung, Resilienz eine ganz wichtige Rolle spielen. Wie kann Rüstungskontrolle gestaltet werden, dass sie resilient ist? Im nuklearen Bereich ist es so, dass letztendlich keine Verträge auch im Nichtverbreitungsbereich möglich sind, die nicht verifiziert werden.

Aber die Fragen, wie bildet man Vertrauen, wie erhöht man Transparenz?, sind natürlich keine, die die Physik allein beantwortet. Da brauchen wir die intensive Kooperation mit den Sozialwissenschaftlern. Ebenso ist es bei der Frage nach Technikfolgenabschätzung. Wir beschäftigen uns mit Fragen wie: Was bedeuten Entwicklungen im Cyberbereich, was bedeuten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz zum Beispiel für Sicherheit? Da können wir aus unserer disziplinären Perspektive ein disziplinär hoch qualitatives Fundament bieten, was die Sozialwissenschaftler an sich in der Form nicht haben, was auch nicht ihre Aufgabe ist. Bei der Beantwortung der Fragen, was bedeutet das jetzt für die Gesellschaft?, wie soll damit umgegangen werden?, brauchen wir dringend die Sozialwissenschaften. Das macht aber das Thema auch so spannend. Aber es gibt wenige andere Bereiche, in denen die Kooperation zwischen Natur- und Technikwissenschaften mit den Sozialwissenschaften wirklich so sinnstiftend ist.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Frau Galassi, bitte schön.

**Dr. Silvana Galassi (Wissenschaftsrat, Köln):** Herzlichen Dank. – Sie erwischen mich so ein bisschen auf dem falschen Fuß. Ich bin weder Informatikerin noch Physikerin noch Sozialwissenschaftlerin, sondern Historikerin von Haus aus. Aber Physik und Informatik sind nicht die einzigen Naturwissenschaften, die mit den Sozialwissenschaften in dem Feld zusammenarbeiten sollten. Ich denke an die Umweltwissenschaften, Klimaforschung, Klimafolgenforschung, die dann enge Verbindungen zum Beispiel zur Migrations- oder zur Fluchtforschung haben.

Oder wenn wir uns die aktuelle Situation anschauen: Pandemien und ihre Auswirkungen auf Konfliktlagen, auf Gesellschaften, möglicherweise auch wiederum auf Flucht

und Migration. Weder Epidemiologen allein noch Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler allein können Ihnen diese Frage beantworten, sondern die müssen sich an einen Tisch setzen und müssen zusammen forschen. Das sind diese Schnittstellen zwischen Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft, die wir auch im Blick hatten.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Dann jetzt Frau Beihl als Fragestellerin der FDP.

**Daniela Beihl (FDP):** Meine nächste Frage richtet sich an Frau Dr. Eppert, Herrn Professor Dr. Götttsche und Herrn Professor Dr. Schetter. Wir haben jetzt schon sehr viel über das Thema „Vernetzung“ innerhalb Nordrhein-Westfalens gehört. Das ist für mich persönlich schon sehr hilfreich gewesen. Am Rande ist immer mal wieder auch das Thema der „internationalen Vernetzung“ angeklungen. Da würde ich mich freuen, wenn Sie mir dazu vielleicht nochmal etwas genauere Ausführungen machen könnten, wie das bei Ihnen konkret ausgestaltet ist, wie Sie auf internationaler Ebene auch mit wem zusammenarbeiten und wie die Zusammenarbeit eben ausgestaltet ist. – Danke.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Beihl. – Frau Dr. Eppert, Sie haben alles verstanden? – Dann gebe ich Ihnen jetzt das Wort, bitte.

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld):** Vielen Dank. – Wie ist die internationale Zusammenarbeit bei uns im Moment aufgestellt? Wir haben institutionell einen Beirat zum Vorstand, über den wir im Prinzip auch in die Projekte Personen einbinden, die mit uns Projektentwicklung machen, die in die Projektdurchführung eingebunden sind. Es ist aber so, dass es für uns in der Drittmittelinweisung im Moment relativ schwierig ist, internationale Kooperationspartner mit einzubinden, denn einer unserer Hauptadressaten für Projekte ist im Moment das Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Die Formate, die wir da haben, sind nicht für Projektzusammenarbeit, für internationale Zusammenarbeit angelegt, sodass es sehr schwierig ist, da internationale Partner mit einzubinden. Wir hatten kürzlich einen Antrag für ein Spitzencluster gestellt, wo wir als Neuerung im Prinzip ein recht breites Board international aufgestellt hatten. Aber das ist mit sehr vielen Transaktionskosten für uns verbunden, sodass es im Moment für uns schwierig ist, das umzusetzen. Wir sind dabei, das Advisery board neu aufzustellen, da neue Personen einzubinden und wollen jetzt auch mehr interdisziplinäre Formate nutzen, die wir mit Mitteln der Universität erst einmal anschieben können. Auch da haben wir noch Schwierigkeiten, das nachhaltig zu sichern.

Ich kann jetzt nochmal vielleicht auch ein konkretes Beispiel geben. Daran habe ich eben bei den Ausführungen der Kollegen gedacht. Für Sie ist das wahrscheinlich alles sehr abstrakt, was wir hier erzählen. Ich habe bis Anfang des Jahres einen mehrjährigen Forschungsverbund geleitet zusammen mit Herrn Professor Zick. Da ging es um Online-Radikalisierungen. Das war ein Verbund, der naturwissenschaftlich-technisch und sozialwissenschaftlich gearbeitet hat, also ich kann ein Lied von diesem



Austausch singen. Ich muss sagen, das hat erst einmal viel Austausch gefordert, um da überhaupt dieselbe Sprache zu sprechen, denn wir meinen nicht immer dasselbe mit den Begriffen, die wir benutzen.

Wir haben in diesem Verbund extrem viele Ressourcen generiert, weil wir Akteneinsicht beim Generalbundesanwalt machen durften, das war hervorragend. Wir konnten aber keine internationale vergleichende Forschung zum Beispiel machen. Wir hätten uns gerne mit französischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ausgetauscht, mit Großbritannien. Das geht aber in diesen Formaten einfach gar nicht, weil einmal die Zeit viel zu kurz ist, aber auch, weil das gar nicht so angelegt in diesen Programmen, zum Beispiel der zivilen Sicherheitsforschung. Jetzt haben wir all diese Daten und könnten theoretisch damit weitermachen. Wir haben Erkenntnisse gesichert, aber das ist in diesen Projektzyklen gar nicht vorgesehen, sodass man eigentlich Ressourcen dabei verschwendet.

Eine Ihrer Fragen betraf die internationale Verknüpfung. Das wären Möglichkeiten, die wir noch ausbauen könnten. Wir haben Daten, wir würden sie gern vergleichen. Aber wie können wir das machen? Horizon ist ein Format, das erfordert eben Zeit und Ressourcen, um die Anträge zu schreiben und zu versuchen, das einzureichen. So wie das IKG im Moment ausgestaltet ist: Wir haben eine Professur und sind ansonsten komplett drittmittelfinanziert bis auf unsere zwei Verwaltungsstellen. Das ist einfach extrem schwer, und es hängt dann immer an den einzelnen Personen, diese Partnerschaften zu knüpfen. Aber auch da braucht man ein bisschen Zeit. Wenn man dann Zwei-, Drei-Jahresverträge hat oder noch weniger für die unterstützenden Funktionen, dann ist es einfach sehr schwer, in einen Dialog mit ausländischen Instituten zu gehen und so etwas auf Dauer erstmal aufzubauen. Ich will auch nicht viel jammern. Wir bemühen uns, wir sehen, dass da noch Raum nach oben ist, aber das ist im Moment ein bisschen schwierig. Letztendlich kommt natürlich die Frage: Was machen wir? Wie können wir uns austauschen, wo sind die Projekte, die wir schreiben können?

Vielleicht noch ein Punkt im Rahmen dieses Forschungsverbundes, den ich mit Herrn Zick durchgeführt habe. Wir hatten und haben engere Verbindungen nach Wien zum Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie zum Beispiel. Und auch die Österreicher sind recht aktiv in der Radikalisierungsforschung. Das sind alles Verbindungen, die wir auch weiter aufrechterhalten. Aber mit EU-Partnern außerhalb des deutschsprachigen Raumes wird es dann schon schwieriger, weil wir das einfach von den Bundesformaten und den Ansprechstellen her nicht unbedingt im Blick haben.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Eppert. – Als Nächstes wäre Herr Professor Dr. Götsche dran, bitte schön.

**Prof. Dr. Malte Götsche (Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science [AICES], RWTH Aachen):** Vielen Dank. – Ich bin ja schon ein bisschen auf das Thema „Internationalisierung“ eingegangen. Ich habe aufgeschrieben, mit wem wir in der naturwissenschaftlichen Friedensforschung international zusammenarbeiten. Da sind wir meines Erachtens bereits jetzt sehr gut aufgestellt. Es gibt eine sehr intensive Zusammenarbeit mit Einrichtungen in den USA. Dort sind

Fragen wie die Verifikation nuklearer Rüstungskontrolle völlig etablierte Forschungsfelder mit großer Finanzierung. Das liegt auch daran, dass die USA selbst über Kernwaffen verfügen. Aber das sollte mal gesagt werden, das ist dort überhaupt kein Nischenthema wie hier.

Wir haben hervorragende Kooperationen mit Princeton, mit Stanford, mit Wisconsin, wo es überall entsprechende Zentren gibt, und wir sind dort außerordentlich sichtbar. Es ist fast die Regel, dass, wenn man auf diesem Feld in Deutschland die Promotion abschließt, man einen Postdoc an einer dieser Eliteuniversitäten bekommt. Wir sind hoch sichtbar, es wird rekrutiert aus Deutschland. Wir arbeiten international zusammen, auch im Bereich der Politikberatung. Das Auswärtige Amt fragt auch nach unserer Expertise und bringt diese in Prozesse ein. Es gibt zum Beispiel ein internationales Forum, das sich mit der Verifikation nuklearer Abrüstung beschäftigt, und dort sind auch die Experten aus Jülich mit dabei.

Es wird gerade ein Buch geschrieben zur Abrüstungsverifikation, was auch eben komplett international ist. Wir beraten die Internationale Atomenergiebehörde, wir beraten EURATOM und die Gemeinsame Europäische Forschungsstelle der Europäischen Kommission. Wir beraten auch die Vereinten Nationen, da gibt es beispielsweise die United Nations Institute for Disarmament Research, in das wir sehr aktiv eingebunden sind, die Liste lässt sich fortsetzen. Was die Naturwissenschaften betrifft, würde ich behaupten, da sind wir schon jetzt international hervorragend aufgestellt. Insofern stellt sich nicht unbedingt die Frage, wie man das noch stärker intensivieren kann. Ich glaube, das ist schon sehr intensiv. Die Frage ist, wie das fortgeführt werden kann. – Danke.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Herr Professor Schetter, bitte.

**Prof. Dr. Conrad Schetter (Bonn International Center for Conversion, Bonn):** Hier stellt sich das BICC ähnlich dar, da kann man jetzt die DIE auch noch nennen. An dem internationalen Wissenschaftsstandort Bonn hat man insgesamt schon, was das Thema „Internationalisierung“ angeht, große Sprünge nach vorne gemacht. Bonn insgesamt spielt eine tragende Rolle in den Sozialwissenschaften auf internationaler Ebene spielen. Ich hatte schon erwähnt, dass das DIE, aber auch das Zentrum für Entwicklungsforschung, das BICC unter diesen 100 wichtigsten Global Thinktanks weltweit gerankt werden. Das ist einmalig. Das sind in Nordrhein-Westfalen insgesamt vier Institute, drei davon kommen aus Bonn. Das BICC ist das einzige Friedens- und Konfliktforschungsinstitut aus Deutschland, das hier genannt wird – und das schon seit Jahren!

Das mag sicherlich bei uns auch am Thema liegen. Wir arbeiten zu globalen Krisen und Konflikten gerade in diesem Konfliktgürtel, der sich von Westafrika über die Sahel-Region, den Mittleren Osten bis nach Afghanistan, die Ukraine erstreckt. Dort arbeiten wir vor Ort, sind vor Ort mit Kollegen, und dementsprechend ist bei uns das Thema „international zu sein“, schon in unserem Namen drin. Wir haben einen englischsprachigen Namen. Wenn Sie durch unsere Korridore gehen, hören Sie deutsch eher selten, sondern eher französisch-arabisch oder russisch. Das heißt, wir sind enorm

international aufgestellt. Wir sind das einzige Institut in Deutschland, das diese Kapazitäten hat, zu all diesen globalen Konflikten eine Sprach- und auch eine Lokalexpertise vorzuhalten. Dementsprechend sind wir international ausgerichtet. Wir machen sehr viel bei internationalen Konsortien mit, leiten seit anderthalb Jahren ein großes Horizon 2020-Projekt mit zwölf anderen europäischen und internationalen Partnern. Wir kooperieren mit Prio und den beiden großen europäischen Instituten, haben eine Kooperation mit Waterloo in Kanada, arbeiten mit dem United State Institute of Peace zusammen – und, und, und. Ich könnte eine lange Liste fortsetzen.

Was bei uns zentral ist, ist, dass wir nicht nur reine Wissenschaft machen, sondern dass wir auch in den Transfer gehen. Das heißt, wir entsenden etwa Kolleginnen und Kollegen an internationale Organisationen. Seit zwei Jahren sitzt eine Kollegin von uns in New York bei den Vereinten Nationen und berät die Vereinten Nationen darüber, wie man Kombattanten, also ehemalige Kämpfer, besser demobilisieren kann. Da sind wir ganz zentral in diesem Prozess drin.

Bei der Afrikanischen Union haben wir mittlerweile seit fünf Jahren jemanden, der in die Afrikanische Union entsandt ist und dort das Thema „Kleinwaffen“ koordiniert. Gegenwärtig arbeiten wir mit dem Auswärtigen Amt eine zehnjährige Strategie für Westafrika zum Thema „Kleinwaffen“ aus. Das heißt, das Thema von „Internationalisierung“ ist bei uns ganz klar. Wo wir ein Problem in unserem Institut sehen, ist, um internationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu werben, die kompetenzfähig mit den Instituten in Skandinavien oder England arbeiten. Das heißt, wir haben nach wie vor enorme Schwierigkeiten, da attraktiv genug zu sein, was gerade die finanziellen Mittel anbelangt.

Insgesamt muss ich sagen: Unser zentraler Fokus ist vor allen Dingen Afrika – da sind wir sehr stark – und der Mittlere Osten. Das sind die beiden Regionen, in denen wir eine enorme Kompetenz haben. Und, was wichtig ist, wir arbeiten nicht nur mit den großen internationalen Playern der Friedens- und Konfliktforschung zusammen, sondern vor allen Dingen auch sehr stark – das ist ähnlich bei der Stiftung Entwicklung und Frieden und auch dem DIE – mit lokalen Partnern, mit den kleinen lokalen Universitäten in Kenia oder in Ghana, um dort Kooperationen aufzubauen. Doktoranden dort zu betreuen, ist weitaus aufwändiger, als wenn wir amerikanische Doktoranden haben. Ich glaube, das ist auch eine Sache, wo wir enorm viele Kapazitäten weltweit aufbauen.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Herr Professor Schetter. – Jetzt gehe ich wieder in die Rolle des Sprechers der AfD-Fraktion und würde gerne Frau Dr. Eppert fragen, Herrn Dr. Gärvingholt und Frau Professorin Dr. Engels. Wir haben heute schon sehr viel gehört. Die letzten Wortmeldungen habe ich so verstanden, dass es sehr viel um Vernetzung geht, um Beratung geht, um Mitwirkung bei allen unterschiedlichen internationalen, nationalen Instituten.

In den Stellungnahmen habe ich festgestellt, dass es auf der einen Seite neben diesen wichtigen Expertisen aber auch um Grundlagenforschung geht. Meine Frage jetzt: Gibt es da eine Möglichkeit, sozusagen mit verteilten Rollen zu spielen? Jetzt verstehen Sie mich aber bitte nicht falsch, natürlich gibt es immer Schnittmengen. Das ist klar.

Sie wissen, was ich meine, von der Schwerpunktsetzung her. Gibt es die Möglichkeit – wir gehen immer noch von dieser etwas zu kurzen Decke aus –, auf der einen Seite Grundlagenforschung stärker zu betreiben und auf der anderen Seite Beratungsexpertise zu leisten? Wir haben gerade schon festgestellt, dass auch das Personal fehlt, um beides zu machen. Herr Dr. Vüllers sprach gerade von Drittmittelinwerbung usw., wo man Personal braucht. Daher kommt meine Vorstellung.

Dann vielleicht noch einen Satz: Was bedeutet Grundlagenforschung bei Friedens- und Konfliktforschung? Die Fragen gehen an Frau Dr. Eppert, an Herrn Dr. Gravingholt und Professorin Frau Dr. Engels. – Frau Dr. Eppert, Sie haben das Wort.

**Dr. Kerstin Eppert (Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Fragen. Verteilte Rollen, ich bin mir nicht sicher, ob das auf die Frage der Schwerpunktbildung und Profilbildung abzielt.

(Helmut Seifen [AfD]: Ja, so ist es.)

Ich denke, dass man das schon sehr gut reflektiert sieht in den Masterstudiengängen, die unter anderem zum Beispiel in Duisburg-Essen, in Bochum angeboten werden, an den verschiedenen Universitäten, die in dem Pool sind, der sich in Nordrhein-Westfalen aufgestellt hat. Die Lehre zehrt davon, dass sie engagierte und versierte Forscherinnen und Forscher mobilisieren kann. Lehre funktioniert eigentlich nur da, wo auch ausreichend Grundlagenforschung im Abgleich zur angewandten Forschung oder zur Auftragsforschung gemacht wird. Wir brauchen mehr Finanzierung für die Grundlagenforschung. Wir haben ein großes Volumen an Geldern, es wird programmatisch ausgeschrieben, das unterliegt oftmals verständlicherweise politischen Konjunkturen, weil bestimmte Probleme aufgegriffen werden und dazu Wissen geschaffen werden muss.

Im Abgleich dazu sind die Forschungsmittel, die ohne eine bestimmte Programmatik ausgeschrieben werden, auf der Landes- und Bundesebene aus meiner Sicht vergleichsweise geringer. Das führt dazu – das hatten die Kollegen vorhin auch schon in einigen Beiträgen gesagt –, dass wir oftmals Forschungsagenden bedienen müssen, die nicht genuin vielleicht die Priorität haben, die wir jetzt setzen würden.

In der Friedens- und Konfliktforschung kann ich für Bielefeld sprechen, dass wir jetzt dabei sind, ein Konfliktforschungsprogramm, ein Forschungsprogramm zu entwickeln, bei dem wir uns mit globalen Konflikten, globalen Konfliktstrukturen und Dynamiken auseinandersetzen wollen, die erst einmal nicht primär in irgendeine aktuellen, politischen Schlagworte passen. Dafür dann Gelder zu generieren, das ist etwas, an dem wir gerade arbeiten. Mit diesem Programm werden wir uns wahrscheinlich wieder an die Deutsche Forschungsgemeinschaft wenden.

Ich denke, dass die Profile in Nordrhein-Westfalen schon relativ klar sind mit dem Anwendungsbezug, den wir in Duisburg-Essen und in Bochum zum Beispiel haben, mit sehr starkem Theoriebezug natürlich in Bielefeld, den die meisten ja auch kennen mit dem Blick auf die Weltgesellschaft, aber dann auch an meinem Institut insbesondere

die innergesellschaftlichen Konflikte und Konfliktodynamiken, die uns schon seit der Gründung umtreiben.

Ich denke, dass es extrem wichtig ist, dass wir die Nachwuchsförderung und die Lehre einfach wieder vermehrt in den Blick würden. Das ist aus meiner Sicht in Bielefeld für das IKG spezifisch – etwas, für das wir jetzt auch wieder ein Programm auflegen müssen, um wieder einen Forschungscampus und ein Nachwuchsprogramm einzurichten, mit dem wir sicherstellen, dass für eine längere Zeit die Erkenntnisse, die wir aus der Grundlagenforschung gewonnen haben, auch in die Ausbildung zurückfließen.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank, Frau Dr. Eppert. – Herr Dr. Grävingholt, bitte.

**Dr. Jörn Grävingholt (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn):** Vielen Dank. – Ich verstehe Ihre Frage zunächst mal so, dass wir uns unterhalten über ein Spektrum zwischen dem, was man Grundlagenforschung nennen könnte, wo es eher um die Verfolgung von Fragestellungen, die im Innerwissenschaftssystem eine Rolle spielen, geht und wir uns dann hinbewegen zu Fragestellungen, die eher im politisch-praktischen Kontext eine Rolle spielen.

Ich würde zunächst auch da zustimmen, was eine Arbeitsteilung in einem gewissen Sinne, was Schwerpunktsetzung und Profile betrifft, angeht, die haben wir sicherlich.

(Zuruf)

– Muss ich wiederholen, Frau Eppert? Eine Schwerpunktsetzung, Profilbildung, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, reflektiert zu einem guten Teil solche unterschiedlichen Facetten mit einer Tendenz – es ist auch gut so, dass es nicht klare Säulen sind in die Richtung, dass die außeruniversitären Einrichtungen stärker an den unmittelbar praxisrelevanten Fragen orientiert sind. Zur Bearbeitung dieser Fragestellungen sind dann auch sehr konkrete empirische, erst einmal datenerhebende Forschungen erforderlich. In dem Sinne werden da auch zum Teil Grundlagen erst geschaffen. Aber es ist eine andere Situation als an den Instituten, die eine etwas andere Rolle haben.

Jetzt haben wir es aber weniger mit der Zweiteilung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung zu tun, sondern wir haben es, wenn wir die Forschungsfinanzierung betrachten, eher mit drei Bereichen zu tun. Wir haben eine – das ist gerade schon so angeklungen – eher programmatische Ausrichtung, die den Forschungsfördertöpfen folgt. Wir haben eine eher in den Grundsätzen und Gründungsdokumenten der außeruniversitären Einrichtungen angelegte Forschung, die eher den pragmatischen Ausrichtungen folgt. Und wir haben – theoretisch – tatsächlich so etwas wie eine Grundlagenforschung, dass wir ergebnisoffen ins Freie hinein denken und forschen. Und da haben wir, glaube ich, tatsächlich die größte Lücke.

Das hat mit den finanziellen Rahmenbedingungen zu tun, die dafür sorgen, dass die wenigen Stellen, die institutionell gesichert sind, zu einem hohen Maße genutzt werden müssen, um den programmatischen Forschungsfördertöpfen zu folgen. Damit haben wir das Problem – ich würde es mal ganz plastisch sagen: Ich glaube, wir sind in der Breite der Institute ganz ausgezeichnet aufgestellt, was Aufsätze in internationalen,

nationalen Zeitschriften betrifft. Aber an den großen, hin und wieder nötigen Büchern, an die man sich erinnert, in denen dargestellt wurde, wohin bewegt sich eigentlich das Thema strategisch? Mangelt es daran, dass niemand es schafft, sich die Zeit dafür zu nehmen? Das sind klassische Aufgaben, für die man eine institutionell gesicherte Position braucht, um über Jahre an Themen arbeiten zu können. Da ist, glaube ich, die größte Lücke, die wir mit den bestehenden Finanzierungsmitteln nicht so einfach schließen können, wo wir auch mit Umschichtungen keine Effizienz gewinnen können, weil wir weder auf die programmatische Ausrichtung, auf das Einwerben von Drittmitteln, noch auf die pragmatische Ausrichtung an politischen Bedarfen hin verzichten wollen.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Grävingsholt. – Frau Professorin Dr. Engels, bitte.

**Prof. Dr. Bettina Engels (Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung):** Vielen Dank für die Frage, besonderen Dank auch dafür, dass Sie das Thema „Grundlagenforschung“ auch nochmal auf die Agenda bringen. Ich stimme den Kollegen völlig zu, dass die thematische Arbeitsteilung im Sinne einer thematischen Profilbildung in NRW sehr stark ist, die die starken Säulen der wissenschaftlich und politisch wichtigen Themen der Friedens- und Konfliktforschung widerspiegelt. Das ist hinreichend deutlich geworden. Da gibt es auch eine sehr sinnvolle und sehr erfolgreiche Arbeitsteilung, die auf enger Vernetzung, enger Kooperation basiert. Nur so kann Arbeitsteilung funktionieren – nicht, dass jeder seines nebeneinander macht, sondern Arbeitsteilung, Profildung aber mit einer klaren Vernetzung.

Ich denke, wo wir nicht arbeitsteilig vorgehen können, ist eine Arbeitsteilung im Sinne einer Trennung von Grundlagenforschung und sogenannter anwendungsorientierter Forschung, der Politikberatung und des Politiktransfers. Hier können wir nicht arbeitsteilig arbeiten, sondern das muss unmittelbar zusammengehen, denn anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Transfer funktionieren nur, wenn wir eine gut ausgestattete Grundlagenforschung haben.

Wir sehen Beispiel wie die aktuelle Pandemie, die Flüchtlingskrise 2015. Denken Sie an die Hungerkrisen im Sahel, Krisen, für die dann auch kurzfristig Forschungsprogramme und auch Mittel der Forschungsförderung, Bundesprogramme aufgelegt werden, damit wir hier erfolgreich diese Mittel einwerben und auch gute Forschung leisten, beitragen können zur Politikberatung kurzfristig. Es war letztes Jahr nicht abzusehen, dass wir uns hier jetzt in einer Covid-19-Situation wiederfinden. Damit wir hier reagieren und eine qualitativ hochwertige anwendungsorientierte Forschung kurzfristig machen können – das können wir nur auf der Basis der Grundlagenforschung, die wir haben, und dafür brauchen wir eine langfristig gesicherte institutionelle Finanzierung.

**Vorsitzender Helmut Seifen:** Vielen Dank. – Meine Frage ist, ob wir noch eine Frage einsteigen? Das wird schwierig, denn um 15:30 Uhr beginnt der neue Ausschuss. Ich würde deswegen vorschlagen, wir schließen jetzt die Anhörung.

Ich bedanke mich bei allen Fragenden, aber natürlich bedanke ich mich ganz besonders bei den Sachverständigen, die uns so umfassend Antwort gegeben haben. Das Protokoll der Anhörung wird in einiger Zeit im Internetangebot des Landtags abrufbar sein. Nach Vorlage des Protokoll wird sich auch der Ausschuss natürlich weiter mit dem Antrag befassen.

Mir bleibt noch übrig, herzlich zu danken, auch bei dem Techniker, der sich erfolgreich darum bemüht hat, dass die Kommunikation auch technisch funktioniert. Dass die atmosphärisch funktioniert, dazu haben wir alle beigetragen. Sie haben gemerkt, wenn es nur um den Wissenschaftsausschuss ginge, bräuchte man möglicherweise die Friedens- und Konfliktforschung nicht mehr ganz so dringend. Das ist auch ein Zeichen der Hoffnung. Mit diesem optimistischen Hinweis entlasse ich Sie aus dieser Anhörung und bedanke mich nochmal herzlich und wünsche Ihnen eine gute Rückreise.

gez. Helmut Seifen  
Vorsitzender

**Anlage**

10.07.2020/14.07.2020

73





**Anhörung von Sachverständigen**  
Sitzung des Wissenschaftsausschusses

**Die Friedens- und Konfliktforschung stärken**  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drs. 17/7752

am Mittwoch, dem 17. Juni 2020  
13.30 Uhr bis ca. 15.00 Uhr, Raum E 3 D 01

## T a b l e a u

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Bonn International Center for Conversion Bonn	<b>Professor Dr. Conrad Schetter</b>	<b>17/2311</b>
Institut für Entwicklung und Frieden Universität Duisburg-Essen Duisburg	<b>Dr. Johannes Vüllers</b>	<b>17/2329</b>
Stiftung Entwicklung und Frieden Bonn	<b>Dr. Michéle Roth</b>	<b>17/2309</b>
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik Bonn	<b>Dr. Jörn Grävingholt</b>	<b>17/2341</b>
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung Universität Bielefeld Bielefeld	<b>Dr. Kerstin Eppert</b>	<b>17/2345</b>
Professor Dr. Malte Götsche Aachen Institute for Advanced Study in Computational Engineering Science (AICES) RWTH Aachen Aachen	<b>Professor Dr. Malte Götsche</b>	<b>17/2297</b>
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats Köln	<b>Dr. Silvana Galassi</b>	<b>17/2334</b>

<b>eingeladen</b>	<b>Redner/in</b> Weitere Teilnehmer/-innen	<b>Stellungnahme</b>
Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung c/o Victoria Scheyer Fakultät Gesellschaft und Ökonomie Hochschule Rhein-Waal Kleve	<b>Professorin Dr. Bettina Engels</b>	<b>keine Stellungnahme</b>

<b>WEITERE STELLUNGNAHME</b>	
Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW	<b>17/2340</b>

\*\*\*